

Entschließungsantrag **der Fraktionen der SPD und FDP**

zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP
– Drucksachen 8/2195, 8/2587 –

zur Politik der Friedenssicherung durch Verteidigung und Entspannung und zum
Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle

und der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/2312, 8/2587 –

Erhaltung und Festigung des Friedens durch Sicherheit, Rüstungskontrolle,
Abrüstung und den Abbau der politischen Spannungsursachen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen. Er ist der Auffassung, daß die hier dargelegte Politik der Bundesregierung fortgesetzt werden muß, um den Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West zu fördern und dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Dazu sollten auch künftig konkrete Maßnahmen eingeleitet werden.
2. Das Konzept der NATO, Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik zu gewährleisten, hat sich bewährt. Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind feste Bestandteile einer Sicherheitspolitik, die zu stabilen Verhältnissen in Europa und in anderen Regionen der Welt beitragen. Die Ostverträge, der vereinbarte Gewaltverzicht, das Berlin-Abkommen und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ergebnisse dieser Politik, haben zu bedeutenden Erleichterungen und Fortschritten geführt und MBFR-Verhandlungen möglich gemacht.
3. Krisenerscheinungen außerhalb Europas gefährden die Sicherheit und Stabilität der internationalen Beziehungen. Deshalb müssen alle nur denkbaren Maßnahmen ergriffen werden, um zwischenstaatliche militärische Kampfhandlungen

gen wirksam zu unterbinden. Der Deutsche Bundestag erinnert in diesem Zusammenhang auch an die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität. Von ihrer Fähigkeit, sich zu verständigen, hängt es weitgehend ab, ob eine Ausweitung der gegenwärtigen Krisen und Konflikte vermieden werden kann, was im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens unbedingt erforderlich ist.

4. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die besonderen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland als Nichtkernwaffenstaat. Er hält den baldigen Abschluß der SALT II-Verhandlungen und die Ratifizierung eines entsprechenden Abkommens für vordringlich. Er ist der Auffassung, daß dieses Abkommen auch für die europäische Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist. Die Ratifizierung des SALT II-Abkommens ist eine Voraussetzung für die Fortsetzung der SALT-Verhandlungen und für die Lösung der Grauzonenprobleme. Sie begünstigt die außenpolitische Atmosphäre für Fortschritte bei MBFR und für die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Durch konkrete Ergebnisse dieser Verhandlungsprozesse wird es möglich sein, das zur Aufrechterhaltung der Sicherheit unerläßliche Vertrauen zu stärken. Europäische und amerikanische Sicherheitsinteressen decken sich auch im Hinblick auf die Notwendigkeit von Fortschritten in der Rüstungskontrollpolitik, die Bestandteil der Bündnispolitik ist.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die notwendigen verteidigungspolitischen Entscheidungen im Bündnis mit dem Erfordernis der Rüstungskontrolle als Element der Sicherheit in Einklang stehen. In der deutsch-sowjetischen Deklaration, die als Ergebnis der Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und dem sowjetischen Staats- und Parteichef im Mai 1978 zustandekam, heißt es:

„Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein.“

Die hierin zum Ausdruck kommende Verhandlungsbereitschaft auch über sicherheitspolitische Probleme, die bisher noch nicht Gegenstand von Ost-West-Verhandlungen waren, sollte mit Nachdruck genutzt werden.

6. Der internationale Rüstungsexport ist ein wichtiges Kennzeichen der globalen Rüstungsexpansion. Zu wirksamen globalen Rüstungskontrollvereinbarungen gehört auch, daß die Rüstungsexportströme eingedämmt und vermindert werden. Der Deutsche Bundestag sieht darin einen wesentlichen Beitrag zur Friedenssicherung und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit.

7. Die auf Entspannung ausgerichtete Außenpolitik muß verteidigungspolitisch abgesichert sein. Die Bundesrepublik Deutschland leistet heute für unsere gemeinsame Sicherheit im Bündnis einen erheblichen Verteidigungsbeitrag. Die deutschen Verteidigungsausgaben sind seit 1970 verdoppelt worden. Die Bundeswehr ist zu einem Sicherheitsinstrument ausgebaut worden, dem im In- und Ausland hohe Anerkennung zuteil geworden ist.

Der Deutsche Bundestag wird auch in Zukunft dazu beitragen, die Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten.

Bonn, den 9. März 1979

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion

